

HAMBURG

BENITA FERRERO-WALDNER

Juni 2006

[www.kas.de/hamburg](http://www.kas.de/hamburg)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

## Alte Freunde – neue Herausforderungen

BENITA FERRERO-WALDNER, KOMMISSARIN FÜR AUßENBEZIEHUNGEN UND EUROPÄISCHE NACHBARSCHAFTSPOLITIK, ÜBER DIE TRANSATLANTISCHE PARTNERSCHAFT IN EINER GLOBALISIERTEN WELT

Meine sehr geehrten Damen und Herren!  
Ich freue mich, heute vor einer so illustren Zuhörerschaft sprechen zu können. Der American Club of Hamburg ist seit einem Jahrhundert ein Forum der interkontinentalen Freundschaft.

Auch die Konrad Adenauer Stiftung steht wie kaum eine andere für den europäisch-amerikanischen Dialog. Konrad Adenauer war ja selbst ein Gründervater der europäischen Integration und gleichzeitig ein pronocierter „Atlantiker“. Und nicht zuletzt befinden wir uns in der Freien und Hansestadt Hamburg, die seit Jahrhunderten ein europäisches Tor zur Welt ist. Welcher Ort wäre also besser geeignet, um einige Überlegungen zum Stand und den Perspektiven der transatlantischen Partnerschaft anzustellen?

Meine Damen und Herren!  
In den letzten Jahren hatten jene Stimmen, die eine bleibende Verschlechterung der transatlantischen Beziehungen vorhersagten, Hochkonjunktur. Die USA seien „vom Mars“ und Europa „von Venus“, so das viel zitierte modische Argument. In der neuen „Weltunordnung“ wäre das friedliche Europa schlicht realitätsfremd. Die EU sei auf dem Wege ins „politische Museum“.

Konrad Adenauer hat zu derlei Verallgemeinerungen einmal passend gesagt: „Völker kann man nicht auf die Couch eines Psychoanalytikers legen - eine so große Couch gibt es nicht.“ Trotz der transatlantischen Meinungsverschiedenheiten der letzten Jahre sollten wir nicht vergessen, dass die Bezie-

hungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten die zentrale Achse der neuen Weltordnung sind.

Um den großen amerikanischen Schriftsteller Mark Twain zu paraphrasieren: Meldungen vom „Ableben“ dieser Freundschaft sind stark übertrieben. Unsere Partnerschaft beruht erstens auf einem im Wesentlichen geteilten Wertefundament. Natürlich haben der Schock des 11. Septembers in den USA und die Debatten über den Irak-Krieg teils heftige Emotionen hervorgerufen, die noch in Teilen der öffentlichen Meinung nachklingen.

Diese Diskussionen haben die Substanz unserer Partnerschaft aber nicht dauerhaft angetastet. Sie betrafen Instrumente der Politik. Über die Ziele waren und sind wir uns einig: Europa und die USA stehen eindeutig für Sicherheit, Demokratie und eine offene Weltwirtschaft. Zweitens sind unsere Wirtschaftssysteme aufs Engste miteinander verflochten. Die EU und die USA pflegen die weltweit engsten bilateralen Handels- und Investitionsbeziehungen. Das liefert positive Resultate für unsere Volkswirtschaften - und für unsere Bürger. Das sei all jenen ins Stammbuch geschrieben, die meinen, sie könnten sich mit einem so genannten „ökonomischen Patriotismus“ behaglich in einer Festung Europa einrichten. Ähnlichen Tendenzen in den USA gilt es ebenso energisch entgegenzutreten.

Eine starke transatlantische Partnerschaft ist drittens auch im globalen Interesse.

Europa und die USA stehen vor einer gemeinsamen Herausforderung: Wir müssen die „Spielregeln“ einer sich immer rascher wandelnden Welt mitentwerfen. Wir müssen die Globalisierung mitgestalten. Sie ist keine Option - sie ist politische Realität. Wir müssen die enormen Chancen nutzen, die sie uns bietet. Umgekehrt müssen wir uns der „dunklen Seite“ der Globalisierung stellen: Dem Phänomen „scheiternder Staaten“, die Unsicherheit produzieren; dem Terrorismus und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Auch Epidemien und Armut in anderen Regionen, das organisierte Verbrechen, die Knappheit von Rohstoffen und der Klimawandel. In einer offenen Welt kann sich Europa davon nicht einfach abschotten.

Kurzum: Außenpolitik ist heute „Globalisierungsmanagement“. Und die transatlantische Freundschaft ist dafür nicht nur notwendig, sondern geradezu unverzichtbar. Daher hat sie sich im letzten Jahrzehnt zur globalen Kooperation entwickelt.

Lassen Sie mich die Herausforderungen, vor denen Europa und die USA gemeinsam stehen, an drei Themen illustrieren:

- an internationalen Sicherheitsfragen,
- der Förderung der Demokratie,
- und an wirtschaftlichen Themen.

Erstens hat sich zwischen dem 9.11.1989 und dem 11.9.2001 die internationale Sicherheitslandschaft massiv verändert. Auch Europa ist keine Insel, kein Kantisches Paradies des Friedens und des Rechts. Gerade in den letzten Jahren mussten wir erkennen, wie kostbar unsere Sicherheit ist – und wie verletzlich.

Die EU und die USA müssen daher eine Vorreiterrolle beim Aufbau der globalen Sicherheitsarchitektur übernehmen. Eine erste brennende Herausforderung ist dabei die Gefahr der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Daher arbeiten wir mit den USA daran, den Iran von seinem militärischen Nuklearprogramm abzubringen. Der Iran muss aus seiner selbstverschuldeten Isolation kommen

und sich an die Vorgaben der Internationalen Atomenergiebehörde und des UNO-Sicherheitsrates halten. Er muss in absoluter Transparenz kooperieren und seine Anreicherungsaktivitäten einstellen.

Ich bin zuversichtlich, dass wir gemeinsam eine diplomatische Lösung für dieses Problem finden können. Letztlich hat niemand ein Interesse an einer Nuklearmacht Iran: Auch Russland und China nicht. Auch innerhalb des Iran gibt es Stimmen, die keine Konfrontation um jeden Preis wollen.

Hier müssen wir ansetzen, mit einer multilateralen Mischung aus Druck, politischen und wirtschaftlichen Anreizen und Hilfe für die Zivilgesellschaft.

Ich begrüße daher die Entscheidung der USA, sich uns Europäern bei Direktgesprächen mit dem Iran anzuschließen. Das ist für eine diplomatische Lösung sehr wichtig. Es ist ebenso die Basis für eine breitere Kooperation zwischen dem Iran und der internationalen Gemeinschaft, die zur Sicherheit und Stabilität des Iran und seiner Nachbarn beitragen würde.

Meine Damen und Herren!

Die zweite große sicherheitspolitische Herausforderung unserer Zeit ist der Umgang mit dem internationalen Terrorismus. Die schrecklichen Ereignisse vom 11. September 2001 in New York und Washington, vom 11. März 2004 in Madrid und vom 7. Juli 2005 in London, sie zeigen, dass die transatlantische Partnerschaft nach wie vor eine Schicksalsgemeinschaft ist. Denn diese Anschläge richteten sich nicht nur gegen unschuldige Menschen, sondern gegen fundamentale Werte, die wir teilen.

Im Kampf gegen Terrornetzwerke brauchen wir erstens eine noch stärkere Kooperation im Bereich der inneren Sicherheit. Hier ist einiges erreicht worden, doch es bleibt viel zu tun.

Polizeiliche Kooperation alleine ist aber nicht ausreichend. Wir brauchen zweitens eine Außenpolitik, die die Wurzeln des Terrorismus anpackt. In Teilen der Welt hat das Fehlen von Mitbestimmung und Entwick-

lungschancen einen Nährboden für Radikalismus geschaffen. Diesem Hass müssen wir die Chancen der Modernisierung für alle entgegensetzen.

Die weltweite Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ist daher ein zweites wichtiges Gebiet transatlantischer Zusammenarbeit. Sie ist sowohl eine strategische Priorität als auch eine moralische Verpflichtung.

Moderne Demokratien sind stabilere und wohlhabendere Partner für Europa und Amerika. Demokratisierung, Institutionenaufbau und Reformhilfe - in einem Wort „State Building“ – sind deshalb langfristig die wirksamsten Mittel der Sicherheitspolitik. Es kann uns nicht gleichgültig sein, wie andere Länder regiert werden. Das ist eine essentielle außenpolitische Lehre der letzten Jahre.

Meine Damen und Herren!  
Demokratie und Rechtsstaat sind nicht uniform. Aber sie basieren auf universellen, unteilbaren Grundwerte: Auf Gewaltenteilung und Gewaltverzicht. Auf Menschenrechten und Mehrparteiensystemen. Diese zu fördern, ist unsere Aufgabe. Man kann diese Werte natürlich nicht einfach „exportieren“. Das wäre vermessen und kontraproduktiv.

Eine demokratische Kultur entsteht nicht über Nacht. Man muss vielmehr dazu beitragen, dass sie von innen heraus wächst. Es geht also nicht bloß um einen „Regimewechsel“, sondern um einen „Systemwechsel“.

Secretary Rice hat für diese Politik den Ausdruck „transformative Diplomatie“ geprägt. Deren Kern ist, beim Aufbau gut regierter Staaten zu helfen, die verantwortungsvoll am globalen System teilnehmen.

Dazu brauchen wir eine intelligente Mischung aus politischem Dialog und Druck, wirtschaftlichen Instrumenten, Menschen- und vor allem Frauenrechten, und nicht zuletzt der Bildungspolitik. Nehmen Sie das Beispiel des Nahen Ostens und des Mittelmeerraumes: Ein Drittel der Bevölkerung

dieser Länder ist unter 15 Jahre alt. Mehr als ein Viertel der Erwachsenen sind Analphabeten. Die politische Bedeutung dieser Zahlen bedarf wohl keiner näheren Erläuterung.

Diese „Reformhilfe als Sicherheitspolitik“ praktiziert die Europäische Union seit geraumer Zeit. Eigentlich gibt es kein besseres Beispiel für eine erfolgreiche demokratische „Transformation“ als die „Systemwechsel“ in Osteuropa in den letzten 15 Jahren, die nicht zuletzt dank der „Anziehungskraft der EU“ erfolgreich waren. Es war vor allem der Magnetismus der EU-Beitrittsperspektive, der diese Staaten „auf Kurs“ gehalten hat, bis hin zur EU-Erweiterung von 2004 – der „Wiedervereinigung Europas“. Auch weit über Europa hinaus ist die EU beim Aufbau funktionierender Staatswesen aktiv, etwa im Rahmen unserer Europäischen Nachbarschaftspolitik.

Insgesamt gibt die EU, allen voran die EU-Kommission, fast eine Milliarde Euro im Jahr für „State-Building“ aus. Das ist etwa die Hälfte der weltweit dafür eingesetzten Mittel. Wir arbeiten dabei eng und erfolgreich mit den USA zusammen, jüngst etwa in der Ukraine, auf dem Balkan und im Libanon. Wir helfen auch in Afghanistan, wo 80 Prozent der internationalen Friedenstruppe aus EU-Staaten kommen und wir auch wirtschaftlich und humanitär massiv präsent sind. Und im Irak, für den ich erst vor einer Woche ein institutionelles und soziales Hilfspaket von 200 Millionen Euro vorgestellt habe.

Generell ist die EU im Nahen Osten, neben ihrer politischen Rolle, auch der größte Hilfeleister, mit etwa dreieinhalb Milliarden Euro im Jahr. Ab 2007 gibt es einen 10-prozentigen „EU-Reformbonus“ für Staaten, die Fortschritte bei der Modernisierung und den Menschenrechten machen.

Meine Damen und Herren!  
Lassen Sie mich dieses Verhältnis von Demokratie, Modernisierung und klaren Spielregeln an einem aktuellen Beispiel illustrieren: Der europäisch-amerikanischen Haltung gegenüber der Palästinensischen Autonomiebehörde.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

HAMBURG

BENITA FERRERO-WALDNER

Juni 2006

[www.kas.de/hamburg](http://www.kas.de/hamburg)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Wir respektieren natürlich den Ausgang der palästinensischen Wahlen vom Januar. Die EU selbst hat bei der Überwachung dieses Urnenganges maßgeblich geholfen.

Doch wir können keine Regierung unterstützen, die die Grundprinzipien des Friedensprozesses nicht anerkennt, wie sie das „Nahostquartett“ – einschließlich der EU und der USA – festgelegt hat: Ein Ende der Gewalt, die Anerkennung Israels und die Einhaltung bestehender Abkommen.

Unsere Politik beruht daher auf zwei Elementen: Wir wollen dem palästinensischen Volk weiter helfen, indem wir seine humanitären Grundbedürfnisse abdecken, in Erziehung und Gesundheit investieren und Reformen fördern. Umgekehrt werden wir gegenüber der Hamas-geführten Regierung sehr hart bleiben, solange sie ihre Haltung zum Friedensprozess nicht ändert. Die Hamas steht übrigens auf der EU-Liste terroristischer Organisationen, mit denen wir keinen Kontakt haben.

Die kürzlich erfolgte „Suspendierung“ von EU-Hilfen betrifft daher Gelder, die direkt an oder über die palästinensische Autonomiebehörde gehen. Wir arbeiten nun an einem finanziellen Mechanismus, um die Kontrolle internationaler Hilfgelder sicherzustellen. Das geschieht in enger Abstimmung mit den Vereinigten Staaten, die diese EU-Idee positiv aufgenommen haben.

Unser Ziel ist also nicht der „Sturz“ der palästinensischen Regierung. Sondern wir wollen ihr einen Ausweg aus der Sackgasse aufzeigen, in die sie sich selbst manövriert hat.

Eine Zwei-Staaten-Lösung, in der Israel und ein Palästinenserstaat Seite an Seite in Frieden und Sicherheit existieren können, ist das gemeinsame Ziel von EU und USA. Das ist der Kern der internationalen „Road Map“, der „Wegskizze zum Frieden“.

Auch Israel selbst muss hier einen Beitrag leisten, etwa durch eine Freigabe palästinensischer Steuereinkünfte und ein weiteres Überdenken seiner Siedlungspolitik. All das

sind Fragen, die wir nur durch transatlantische Kooperation lösen können.

Meine Damen und Herren!

Ein drittes wesentliches Feld bei der „Gestaltung der Globalisierung“ ist natürlich die Einrahmung der Weltwirtschaft. Globalisierung ist kein Nullsummenspiel. Gerade die fruchtbaren Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Seiten des Nordatlantiks belegen dies eindrucksvoll.

Unsere gegenseitigen Investitionen haben einen Wert von fast zwei Milliarden Euro. Unsere Wirtschaftsbeziehungen schaffen 14 Millionen Arbeitsplätze an beiden Ufern des Atlantiks. Insgesamt drei Viertel aller Auslandsinvestitionen in den USA kommen aus der EU. Das gleiche gilt für US-Auslandsinvestitionen, von denen der größte Teil nach Europa geht – weitaus mehr als etwa nach China. Einzelne transatlantische Handelsstreitigkeiten, etwa in der Zivilluftfahrt oder der Landwirtschaft, sind zwar wichtig. Sie betreffen aber nur 2 Prozent unseres Handelsvolumens, und wir können sie im Rahmen der Welthandelsorganisation lösen. Sie sollten daher den Blick auf das sehr positive Gesamtbild nicht verstellen. Diese Wirtschaftsachse ist der Dynamo der Weltwirtschaft. Zusammen stehen die EU und die USA für die Hälfte des globalen Handels- und Investitionsvolumens. Damit geht eine große Verantwortung einher.

Zum Beispiel müssen wir die Doha-Welthandelsrunde zu einem guten Abschluss bringen – nicht zuletzt, weil die Einbettung von Entwicklungsländern in einen fairen Wirtschaftsprozess deren zentrales Ziel ist.

Die EU hat daher ein ebenso ambitioniertes wie realistisches Liberalisierungsangebot gemacht. Wir sind bereit, bis zu 70 Prozent unserer exportbezogenen Agrarstützung zu streichen, wenn die USA ähnliches tun. Wir hoffen, dass unsere Partner, auch in den Schwellenländern, diesem Angebot rasch folgen.

Die Globalisierung mitzugestalten heißt aber nicht nur, extern zu agieren. Wir müssen auch innerhalb unserer Länder verstärkt

Überzeugungsarbeit leisten.

Bundeskanzlerin Merkel hat beim Davoser Weltwirtschaftsforum zu Beginn dieses Jahres zu Recht unterstrichen, wie wichtig es ist, unsere Bürger von der Notwendigkeit des Globalisierungsmanagements und der damit einhergehenden Reformen zu überzeugen.

Natürlich stehen wir vor enormen Herausforderungen. Indien „produziert“ etwa 250.000 neue Ingenieure pro Jahr. Chinas Forschungsausgaben werden 2010 so hoch sein wie jene der EU.

Aber das angebliche Ende politischer Gestaltungsspielräume zu beweinen und Europas oder Amerikas Untergang herbeizureden, wäre fatal. Ohne die Globalisierung wäre unser Wohlstand viel kleiner. Daher müssen wir auch das Potential unserer bilateralen Wirtschaftsbeziehungen noch besser nutzen. Die EU-Kommission hat in ihrem Strategiepapier vor einem Jahr Maßnahmen in drei Bereichen angeregt:

- Im Bereich der Marktregulierung;
- Bei der Stärkung unserer Wissensgesellschaften;
- Und beim Grenzmanagement.

Erstens verursachen Hindernisse im Regulierungsbereich nach wie vor große Kosten für Unternehmer und Konsumenten. Das müssen wir ändern: Indem wir unsere Gesetzgebung koordinieren und bei der Investitionsförderung, der Regulierung der Finanzmärkte und in der Wettbewerbspolitik zusammenarbeiten.

Zweitens ist Humankapital sowohl für die USA als auch für die EU einer der wichtigsten Rohstoffe des 21. Jahrhunderts. Daher brauchen wir mehr Kooperation im Bereich von Wissenschaft und Innovation.

Gerade die EU hat hier massiven Aufholbedarf – es darf nicht sein, dass viele helle Köpfe Europa auf Dauer verlassen. Und drittens müssen wir noch mehr beim Grenzmanagement kooperieren. Nach dem 11. September brauchen wir „smarter borders“. Wir müssen das Gleichgewicht zwischen Sicher-

heitsmaßnahmen und Bewegungsfreiheit für Wirtschaft und Bürger wahren.

Zu all diesen wirtschaftspolitischen Aktionen, die bereits im Umsetzungsstadium sind, muss ein verstärkter Dialog zur internationalen Energiepolitik kommen. Der globale Klimawandel und zusehends knappere Energie-Ressourcen bei immer stärkerer Nachfrage: Das sind Tatsachen, die einer politischen und wirtschaftlichen Antwort bedürfen. Niemand ist gegen diese Prozesse immun. Europa und die USA sitzen auch hier in einem Boot. Wie Sie wissen, hat Präsident Bush in seiner letzten „State of the Union“-Rede kritisiert, sein Land wäre „süchtig nach Öl“. Um bei dieser Metapher zu bleiben: Wir sollten dieser Sucht gemeinsam abschwören.

Daher hat die Kommission den EU-Staaten Leitlinien für eine neue Energiepolitik vorgeschlagen. Europa braucht eine sichere, nachhaltige und wettbewerbsorientierte Energieversorgung. Wir müssen unsere Energie-Effizienz erhöhen und in alternative Technologien investieren.

Und wir müssen Energiefragen zu einem Leitthema unserer Diplomatie machen, nicht zuletzt in Gesprächen mit Russland. In all diesen Bereichen bedarf es enger transatlantischer Koordination.

Meine Damen und Herren!

Die genannten drei Herausforderungen – die Stärkung der internationalen Sicherheit, die Förderung guten Regierens und das Management der Weltwirtschaft, sie brauchen zweierlei:

- Einen effektiven Multilateralismus,
- und eine stärkere europäische Außenpolitik.

Globalisierung heißt nicht Chaos – wie deren „Kritiker“ fälschlich glauben. Es gilt, der Freiheit einen Rahmen zu geben. Das geht nur mit einer multilateralen Institutionen-Ordnung. Wir wollen nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärkung des Rechts.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

HAMBURG

BENITA FERRERO-WALDNER

Juni 2006

[www.kas.de/hamburg](http://www.kas.de/hamburg)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Es waren gerade die Vereinigten Staaten, mit Staatsmännern wie Präsident Roosevelt, Präsident Truman, Dean Acheson oder George Marschall, die nach dem Zweiten Weltkrieg eine solche Weltordnung ins Leben gerufen haben, mit den Vereinten Nationen, den Bretton Woods Institutionen und dem GATT als Rückgrat. Nicht aus purem Idealismus, sondern aus aufgeklärtem Eigeninteresse.

Die Welt verändert sich rapide. Daher müssen wir die bestehenden multilateralen Organe reformieren. Diese sind kein Selbstzweck. Sie müssen effektiv sein, damit wir mit ihnen grenzüberschreitende Probleme anpacken können. Aber Unilateralismus ist im Zeitalter globaler Vernetzung einfach keine Alternative.

Zweitens brauchen wir für eine Vertiefung der transatlantischen Beziehungen auch eine stärkere europäische Außenpolitik.

Das ist kein Widerspruch. Unsere Partnerschaft kann nur effizient funktionieren, wenn sie auf zwei stabilen Pfeilern ruht. Wir brauchen auch hier nicht „weniger Europa“, sondern „ein besseres Europa“.

Unsere Partner in Washington wissen, dass sie für ihre ambitionierte politische Agenda die Unterstützung eines geeinten Europas brauchen. Es geht also um Kooperation, nicht um Konkurrenz.

Bereits heute ist die EU ein globaler Spieler. Doch wir müssen unsere Außenpolitik noch kohärenter und effizienter zu machen. Konrad Adenauer's Satz, dass „Europa nur als Ganzes seinen Platz in der Welt finden könnte“, gilt mehr denn je.

Die EU ist unsere Antwort auf die Globalisierung. Wir können und müssen gemeinsam agieren, und tun das schon jetzt, auch wenn der EU-Verfassungsvertrag noch „auf Eis“ liegt.

Meine Damen und Herren!

Die enge transatlantische Kooperation in der Weltpolitik heißt nicht, dass wir heiklen Themen aus dem Weg gehen. Um noch einmal Mark Twain zu zitieren: „Wir mögen

Menschen, die sagen was sie denken - Solange sie dasselbe denken wie wir.“ Dieses Prinzip kann keine Basis für eine politische Partnerschaft sein.

Im Gegenteil: Gerade unter guten Freunden kann man auch heikle Themen diskutieren – kritisch aber konstruktiv.

Das tun wir: Etwa zum Thema Guantanamo. Die EU ist der Auffassung, dass diese Einrichtung für ein Land wie die Vereinigten Staaten, mit seiner großen Tradition von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, eine völlige Anomalie ist und so rasch wie möglich geschlossen werden muss.

Natürlich muss der Terrorismus entschlossen bekämpft werden. Aber dabei von universellen menschenrechtlichen Standards abzugehen, hieße, unsere Politik und unsere Institutionen zu untergraben. Wir leben in offenen Gesellschaften, und genau darin liegt unsere Kraft. Ein anderes schwieriges Thema ist die Ratifikation und Umsetzung des internationalen Kyoto-Protokolls. Auch hier sind wir anderer Auffassung als die USA. Für uns ist diese „grüne Diplomatie“ ein wesentlicher Teil unserer Außenpolitik.

Aber diese einzelnen Meinungsverschiedenheiten dürfen wie gesagt nicht die Sicht auf das Ganze verstellen.

Umgekehrt, auch das sei betont, ist europäische Kritik an den USA - egal wie berechtigt sie im Einzelfall sein mag - kein Ersatz für eine eigene EU-Außenpolitik.

Europa soll sich nicht als „Gegen-Amerika“ positionieren, sondern muss mit seinen eigenen Stärken und im transatlantischen Tandem einen Beitrag zur „global governance“ leisten.

Meine Damen und Herren!

In drei Wochen findet das jährliche EU-US-Gipfeltreffen statt. Dort werden wir eine konkrete Kooperationsagenda für das nächste Jahr festlegen. Denn wir leben nicht in einer Welt rivalisierender Blöcke oder eines vereinfachenden „Kampfes der Kulturen“. Sondern in einer vernetzten Welt, in der politischer Einfluss, wirtschaftlicher

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**HAMBURG**

BENITA FERRERO-WALDNER

**Juni 2006**

[www.kas.de/hamburg](http://www.kas.de/hamburg)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Wohlstand und internationale Verantwortung geteilt sind. Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten sind natürliche Partner und treibende Kräfte dieser Weltgemeinschaft.

Wir dürfen uns aber nicht auf den Lorbeeren des 20. Jahrhunderts ausruhen. Wir müssen enger zusammenarbeiten und entschlossener denn je unsere gemeinsamen Werte von Frieden und Sicherheit, von Rechtsstaat und Demokratie, von Marktwirtschaft und globaler Fairness ausstrahlen.

Das ist kein Plädoyer für eine „Pax Euro-Americana“. Es geht nicht um die Schaffung einer „wohlwollenden Hegemonie“. Sondern es ist ein Aufruf zu einem stärkeren, gemeinsamen „Management der Globalisierung“.

Dazu bedarf es vor allem des Einsatzes unserer kombinierten „soft power“. Mein Vorgänger Chris Patten hat diese politische Anziehungskraft kürzlich „weapon of mass attraction“ genannt. Im Informationszeitalter, mit seinem internationalen Mosaik der Kulturen, ist sie doppelt wichtig.

„Führen durch Vorbild“ lautet daher die Devise. Das ist in unserem gemeinsamen Interesse. Denn nur so gewinnen unsere Handlungen jenes politische Gewicht und jene globale Legitimität, die sie in einer vernetzten Welt brauchen. Ich danke Ihnen.